



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

Zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ostseekooperation

Drucksache 15/ 202

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der Ostseekooperation durch zügige Umsetzung konkreter Maßnahmen im Lande und verbindliche Vereinbarungen mit den Ostsee-Anrainerstaaten eine erfolgreiche Zukunft Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion zu sichern. Für eine positive Entwicklung der Ostseekooperation ist es unverzichtbar, dass klare Handlungsrahmen entwickelt und die erforderlichen Schritte im eigenen Land schnell eingeleitet werden.

Insbesondere erwartet der Landtag:

- dass die Landesregierung Standortbedingungen in Schleswig-Holstein schafft, die unserem Land gute Chancen im Wettbewerb mit anderen Ostsee-Anrainerstaaten eröffnen,
- dass vor allem die Handelsbeziehungen schleswig-holsteinischer Unternehmen in den Ostseeraum aktiv durch die Landesregierung gefördert werden,
- dass die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein zügig ausgebaut werden, damit unser Land nicht zum Nadelöhr im Transitverkehr von Skandinavien nach den übrigen europäischen Ländern wird,
- dass der Wissenschafts- und Forschungsaustausch mit den Ostsee-Anrainerstaaten aktiv durch die Landesregierung gefördert wird,
- dass die Zusammenarbeit im Ostseeraum zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Menschenhandels, der Prostitution, des Drogenhandels und der Geldwäsche verbessert wird und konkrete Maßnahmen mit den Ostsee-Anrainerstaaten verabredet werden,
- dass die Osterweiterung der europäischen Union insbesondere um die Ostsee-Anrainerstaaten Polen, Estland, Lettland und Litauen möglichst schnell verwirklicht wird,

- dass die Tätigkeit der nichtstaatlichen Organisationen (NGO) in diesem Gebiet gefördert und unterstützt wird,
- dass die russischen Ostseeanrainerregionen wie Stadt und Oblast Kaliningrad verstärkt in die Ostseezusammenarbeit integriert werden,
- dass der Jugendaustausch und die Förderung von Jugendreisen unterstützt und die kulturelle Zusammenarbeit forciert werden.

Peter Lehnert
und Fraktion